

Antrag

des Abgeordneten Edin Klopp und der CDP-Fraktion

Rentensteuerfreibetrag von 2000 EUR pro Jahr, für Erwerbstätige Rentner

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- (1) In den vergangenen Jahren hat die Beteiligung älterer Menschen am Arbeitsmarkt erheblich zugenommen. Viele Rentnerinnen und Rentner haben den Wunsch oder die Notwendigkeit, außerhalb des gesetzlichen Rentenalters zu arbeiten, sei es aus finanziellen Gründen oder aus Gründen der sozialen Teilhabe. Gleichzeitig nimmt der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels zu. Daher können ältere Erwerbstätige auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in Branchen wie Handwerk, Pflege und Dienstleistungen, immer wichtiger werden.
- (2) Die gegenwärtige steuerliche Behandlung von Erwerbseinkommen bewirkt jedoch, dass auch bei Rentnerinnen und Rentnern zusätzliche Arbeitserlöse üblicherweise besteuert werden, was die Anziehungskraft einer erneuten Beschäftigung verringern kann. Dies ist insbesondere für Rentnerinnen und Rentner mit geringen Altersbezügen eine weitere Belastung. Eine Freistellung ohne Steuern würde ihre finanzielle Situation verbessern und die Förderung sozialer Gerechtigkeit bewirken.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- (1) Es wird von der Bundesregierung verlangt, die gesetzlichen Bestimmungen zur Besteuerung von Renteneinkünften so

anzupassen, dass für im Ruhestand tätige Rentnerinnen und Rentner ein steuerfreier Freibetrag von 2000 Euro pro Jahr eingeführt wird. Dieses Projekt unterstützt die finanzielle Entlastung älterer Menschen sowie die Förderung ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beteiligung.

- (2) Viele Rentnerinnen und Rentner, ob aus finanziellen Gründen oder aus dem Wunsch, aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen, entscheiden sich für eine Weiterbeschäftigung im Alter. Es ist besonders wichtig, Anreize für erfahrene ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, weiterhin erwerbstätig zu bleiben, da der Fachkräftemangel immer mehr Herausforderungen mit sich bringt.
- (3) Diese Steuerentlastung kann unter Berücksichtigung der Haushaltsdisziplin finanziert werden. Umschichtungen innerhalb bestehender Förderprogramme im Bereich Arbeit und Soziales könnten die erwarteten Mindesteinnahmen für den Staatshaushalt kompensieren. Es sollte vor allem untersucht werden, ob die Möglichkeit besteht, Gelder aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen effizienter zu nutzen oder durch Einsparungen bei anderen weniger dringenden Steuervergünstigungen zu erhalten. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass die zusätzlichen wirtschaftlichen Auswirkungen, wie etwa eine erhöhte Erwerbsbeteiligung älterer Menschen und ihre höhere Konsumnachfrage, zum Teil die daraus resultierenden Einbußen ausgleichen könnten.

Berlin, den 16. November 2024

Edin Klopp und die CDP-Fraktion